

Leserbriefe

Justus Leonbard (JuLis Mitte)

Die JuLis Berlin-Mitte können sich schon jetzt auf ein viel versprechendes Jahr 2010 freuen. Auftakt wird der Landeskongress der JuLis Berlin am 16. Januar sein. Auf der Tagesordnung stehen Vorstandswahlen und Antragsberatungen. Auch wir JuLis Mitte werden in der zweiten Februar-Woche unsere Jahreshauptversammlung abhalten und Vorstandswahlen durchführen. Im Anschluss daran werden wir uns verstärkt unserem Themenschwerpunkt Bildung widmen. Darüber hinaus stehen wir bereits in den Startlöchern für zwei große Projekte in diesem Jahr: Zur Unterstützung unseres Partnerverbands Bonn im Landtagswahlkampf in NRW planen wir mit den JuLis Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln die Entsendung eines nimmermüden Supporter-Teams ins Rheinland. Ziel ist es, an den erfolgreichen 50 Stunden-nonstop Wahlkampfmarathon anzuknüpfen und mit den Bonnern in den letzten Stunden vor der Wahl eine buchstäblich pausenlose Reihe von Aktionen durchzuführen. Des Weiteren werden wir im Mai einen Workshop zum Thema „Islamismus und seine Kontexte“ veranstalten. Absicht der Tagung ist, sich einen Überblick über die Hintergründe der gesellschaftlichen Diskussion zum Islamismus zu verschaffen.

Schlusswort

Medienabgabe statt GEZ-Gebühr zur Stärkung der Berliner Internetbranche

von Ingo Kamps

Die Pläne der GEZ für die neue Gebührenordnung 2010 sehen eine Ausweitung der Vollzahlungspflichten auf alle Internetnutzer vor – auch wenn sie über kein Fernsehgerät verfügen.

Bei vielen jungen Leuten hat die stationäre und mobile Internetnutzung den Fernseh- und Radiokonsum fast vollständig abgelöst. Öffentlich-rechtliche Inhalte spielen für diese Personen nur selten eine Rolle. Dennoch möchte die GEZ jeden Besitzer eines internetfähigen Mobiltelefons monatlich mit derzeit 17,98 Euro belasten.

Die führt unweigerlich zu einer Verlangsamung der Internetverbreitung und damit verbundenen zu heimischen Innovationshemmnissen. Berlin ist in den beiden Wachstumsbereichen Mobiles Internet und Social Media gut aufgestellt. Die digitale Kreativszene in der Hauptstadt wäre daher besonders belastet, wenn sich die GEZ-Forderung durchsetzen sollte. Die Entwicklung des Internets schreitet rasend schnell voran und findet weltweit statt. Eine Verteuerung der Webnutzung benachteiligt unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Es kann kein Zukunftsmodell sein, dass bei Erscheinen eines neuen Geräts, das theoretisch in der Lage ist, Rundfunkprogramme zu empfangen, der Kreis der Zahlungspflichtigen erweitert wird. Transparenter, unbürokratischer und gerechter wäre eine durch die Finanzämter erhobene, zweckgebundene Medienabgabe für steuerpflichtige Einkommensbezieher in Höhe von etwa 10 Euro. Die Umstellung muss mit neuen, verbindlichen Richtlinien einher gehen, was überhaupt zum öffentlich-rechtlichen Auftrag gehört: Die aktuelle Diskussion um die „Tagesschau“-App für Smartphones zeigt exemplarisch, dass die Mittelverwendung aus Zeiten des dualen Rundfunksystems mit der Geschwindigkeit technischer Neuerungen in keiner Weise Schritt hält. Fairer Wettbewerb für private Anbieter wird nahezu unmöglich gemacht, weil die öffentlich-rechtlichen Sender im Internet eine wettbewerbsneutrale Gebührenverwendung nicht mehr gewährleisten können.

In Zukunft könnte sich auch Brüssel für diesen Umstand interessieren – es wäre also besser, wir bereinigen die Angelegenheit vorher selbst.

